

TOP 3.4.7 Regierungsprogramm Wien „Eine Stadt, zwei Millionen Chancen.“

Im ersten Regierungsprogramm Rot/Grün 2010 standen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf Beschäftigung und Wohlstand, die Erarbeitung einer kommunalen Strategie für Klimawandel, Energiekrise und Versorgungssicherheit sowie Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Gesundheitsversorgung im Mittelpunkt. Nicht zuletzt bedingt durch demografische Entwicklungen (starkes Bevölkerungswachstum in den letzten Jahren) bzw globale Entwicklungen haben im aktuellen Regierungsprogramm, neue zusätzliche Handlungsschwerpunkte Aufnahme gefunden.

Das zentrale Thema „Wien wächst“ und die dadurch bedingten Herausforderungen in der Stadtentwicklung (Wohnen, Fragen der Lebensqualität) findet ebenso Berücksichtigung, wie das Bekenntnis als Stadt der Menschenrechte mit den großen Herausforderungen im Bereich Asyl und Integration, Gleichstellung und Bekämpfung von Diskriminierung.

Im Unterschied zum Vorgängerpapier, das nach Ressortverantwortlichkeiten gegliedert war, ist das neue Regierungsprogramm thematisch gegliedert. So können Querschnittsmaterien wie zB Fragen der Stadtentwicklung die in verschiedenen Ressorts verantwortet werden (Planung, Verkehr, Wohnen, Stadtwerke...) adäquat abgebildet werden.

Explizite Erwähnung im Regierungsprogramm findet die AK bei:

- 1.) Installierung einer Vernetzungsplattform zur Arbeitsbewertung und -zeit mit KooperationspartnerInnen (ÖGB, AK, IV, WKÖ,...).
- 2.) Erstellung einer Studie über die umweltfreundliche Abwicklung des Wirtschaftsverkehrs „intelligente Logistikkonzepte“ gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Wien (WKW) und der Arbeiterkammer (AK).

Thematische Schwerpunkte:

Bildung: Ausbau von Ganztageschulen und Tagesbetreuungen. Kinderbildungs- und -betreuungsplätze soll es für jedes Kind unabhängig von Alter und der Erwerbstätigkeit ihrer Eltern geben. In Brennpunktschulen soll mehr Geld investiert und die Frühförderung ausgebaut werden.

Wirtschaft: Das Bestbieter-Prinzip soll angewendet werden. Auch für die Goldene Regel will sich die Stadt einsetzen.

Wohnbau: In Wien sollen 10.000 neue Wohnungen pro Jahr entstehen, vor allem geförderte Wohnungen.

Mobilität: Wien verspricht ein besseres S-Bahn-Angebot mit kurzen Zugintervallen, die Einführung einer Öffi-Halbjahreskarte wird überprüft.

Arbeit und Soziales: Die „Wiener Ausbildungsgarantie“ soll weiterentwickelt werden. „Gute Arbeit“ soll das Ziel sein.

Gesundheit: Anspruch aller Menschen auf bestmögliche medizinische Versorgung. Dem Privatisierungsdruck im Gesundheitssystem soll standgehalten werden.

Politisches System: Neue Vorschläge zur Zusammenarbeit von Gemeinde und Bezirken sollen erarbeitet werden.

Asyl und Integration: Schon während eines Asylverfahrens soll Deutsch erlernt werden, die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen möchte die Stadt erleichtern.

Einschätzung AK:

Zwar hat dieses Regierungsprogramm den zweifachen Umfang des Vorgängers, doch fehlen in weiten Teilen konkrete Maßnahmen und Umsetzungshorizonte bzw Überlegungen zur Zielerreichung.

So fehlen zB Festlegungen zur Verkleinerung der Gruppengröße und des Betreuungsschlüssels in der Elementarbildung ebenso wie zum Ausbau der FH Studienplätze und der Förderung nichttraditionell Studierender.

Arbeitsmarktpolitische Vorhaben bleiben weitgehend unbestimmt. Wie Benachteiligte besser über das Sozialsystem informiert werden, bleibt unklar.

Zum aufgabenorientierten Finanzausgleich und zur Schaffung finanzieller Grundlagen für Infrastrukturinvestitionen werden ebenso nur vage Aussagen getroffen.

Im Bereich des Wohnbaus wird die Widmungskategorie „förderbarer Wohnbau“ nicht näher konkretisiert. Auch Aufteilungsschlüssel zur Neubauleistung und die Anwendung städtebaulicher Verträge fehlen.

Ohne Vorschläge zur Aufwertung der koordinierenden Regionsinstitutionen erscheint eine gute Verkehrspolitik in der Region nicht umsetzbar. Leider fehlt überhaupt eine institutionelle Neuordnung der regionalen Verkehrsstrategie über Wiens Grenzen hinaus. Auch fehlt das Bekenntnis zum Bestbieterprinzip bei den Verhandlungen zu den Verkehrsdiensteverträgen.

Auch im Gesundheitsbereich fehlen spezifische Festlegungen für zahlreiche, sinnvolle Vorschläge so zB beim Ziel einer besseren Verteilung der Arbeitsbelastung der MitarbeiterInnen im KAV oder bei der Umsetzung der „Wiener Gesundheitsziele 2025“.

Die fehlende Konkretisierung von Maßnahmen- und Umsetzungsschritten bietet für die AK Wien allerdings die Möglichkeit ihre Vorschläge zur Bewältigung von Problemen in die konkrete Gestaltung der Regierungspolitik zu den einzelnen Fragen aktiv einzubringen.